

Auszug aus Streifzüge bei Context XXI

(<http://contextxxi.org/vorsatzlich-abgesagt.html>)

erstellt am: 20. Februar 2020

Datum dieses Beitrags: März 2019

Vorsätzlich abgesagt

■ FRANZ SCHANDL

Ausgerufen wurde die Republik Deutschösterreich am 12. November 1918. Die Wahlen zur Konstituierenden Nationalversammlung erfolgten am 16. Februar und am 5. März 1919 tagten erstmals die frisch gewählten Volksvertreter. Die Sozialdemokraten erzielten die relative Mehrheit und stellten mit dem Karl Renner auch den Staatskanzler, eine Funktion, wo Bundespräsident und Bundeskanzler noch in einem Amt zusammengefasst waren. Das sollte sich erst mit der Verabschiedung der neuen, von Hans Kelsen ausgearbeiteten Verfassung im Jahr 1920 ändern. Am 24. März mussten der letzte Kaiser Karl I. und seine Familie das Land verlassen. Das Habsburger-Gesetz enteignete das Herrscherhaus, das Adelsaufhebungsgesetz setzte um, was der Name sagte. Das „von“ wurde endgültig entsorgt. Es zu tragen, stand fortan unter Strafe.

Die Christlichsozialen, die noch mit der Monarchie geliebäugelt hatten, schwenkten unter dem Druck der öffentlichen Stimmung um. Der Übergang zur neuen Staatsordnung erfolgte einvernehmlich. Die Produktions- und Besitzverhältnisse blieben aber unangestastet. Es gab in Wien auch nie so etwas wie eine Doppelherrschaft. Die Monarchie wäre vielleicht gestürzt worden, wäre sie nicht zusammengebrochen, die Republik wäre vielleicht erkämpft worden, wäre sie nicht in den Schoß gefallen.

Auch das Frauenwahlrecht wurde weniger errungen als zugelassen. Sowohl Christlichsoziale als auch Sozialdemokraten standen dem Anliegen reserviert gegenüber. Beide

fürchteten, dass es ihnen schaden würde. Unrecht hatten jedoch nur die Christlichsozialen. Tatsächlich wählten die Frauen konservativer als die Männer. Umgekehrt freilich war das Verhältnis im Parlament: neben sieben Sozialdemokratinnen saß nur eine Bürgerliche in der Nationalversammlung.

Die österreichische Sozialdemokratie war zweifellos die Gründerin der Ersten Republik. Sie bewahrte das Land sowohl vor der Revolution als auch vor der Reaktion. Kein bedeutender Flügel der SDAP verließ die Partei. Anders als in Deutschland konnte die Einheit der Arbeiterbewegung bewahrt werden. Die Organisation war immer wichtiger als die Revolution gewesen. Otto Bauers Kurs des Zentrismus hielt zusammen. Der revolutionäre Keim erstickte in der Passivität der proletarischen Führung. Die Massen wurden nicht gebündelt sondern gezügelt. Der Voluntarismus der wenigen und völlig zerstrittenen Kommunisten vermochte dem nicht abzuweichen. Im Gegenteil, er isolierte diese Kraft noch mehr. Die, die wollten, konnten nicht und die die konnten, wollten nicht.

Die Angst vor der Revolution war insgesamt um vieles größer als die Tatkraft derselben. In Anlehnung an Nestroy könnte man durchaus von einem „Revolutioner!“ sprechen. Da war schon was, aber so richtig wiederum auch nicht. Die Funken sprühten, aber es hat nicht gezündet. Die ersten Monate des Jahres 1919 waren zwar geprägt von Unruhe und Spannung, aber nicht von Entschlossenheit. Am 17. April demonstrierten Arbeitslose, Frauen, Heimkehrer und Invalide für höhere Zuwendungen. „Hoch die sozialistische Republik!“

skandierten die Teilnehmer. In diesen „Gründonnerstagsunruhen“ (oft auch als Putsch bezeichnet) wurde das Parlament belagert und angezündet, es gab Tote und Verletzte.

Den Höhe- und Schlusspunkt erreichten die Aufstände am 15. Juni, als die Kommunisten zu einer bewaffneten Demonstration aufgerufen hatten. Nach der Verhaftung von 130 Parteifunktionären am Vorabend kam es zu Ausschreitungen der Demonstranten und Übergriffen seitens der Polizei mit zahlreichen Toten in der Wiener Hörlgasse. Eine besonders unrühmliche und sektiererische Rolle spielte in diesen Monaten übrigens der politische Emissär Bela Kuns, Ernst Bettelheim, der mithilfe eines von ihm eingesetzten Direktoriums die junge Partei beherrschte und in blindwütige Aktionen trieb. Karl Radek, der als Vertreter der Komintern diese Politik einer scharfen Kritik unterzog, sprach von „Operette“ und „Kretinismus“.

Freilich muss man immer auch berücksichtigen, dass Österreich in diesen bewegten Zeiten die Lücke zwischen den Räterepubliken in Bayern und Ungarn hätte schließen können und so das Kräfteverhältnis in Europa sich auch anders hätte entwickeln können. Ob etwas ein Abenteuer ist, erweist sich erst, wenn der Abenteurer zu wenig gewesen sind. Der Sozialdemokratie war jedenfalls Wagnis und Verwegenheit wesensfremd. Flügelübergreifend. Auch Friedrich Adler, Sohn des Parteigründers und damals Hoffnung der Linken, blieb seiner Partei stets treu. Versuche der Kommunisten, ihn abzuwerben, scheiterten.

Die Linke selbst war in Österreich sicher nicht schwächer als in den Nachbar-

ländern. „Die österreichische Arbeiterklasse hat seit November 1918 zu jeder Stunde die Macht, die Räterepublik zu errichten“, schrieb der Parteihistoriker Julius Braunthal. Doch während man in Budapest und München auf volles Risiko setzte, war man in Wien überhaupt nicht bereit, etwas zu riskieren. Einen Aufruf der Ungarischen Räterepublik beantworteten die Wiener Genossen so: „Ihr habt an uns den Ruf gerichtet, Eurem Beispiel zu folgen. Wir täten es vom Herzen gern, aber zur Stunde können wir das leider nicht. In unserem Land sind keine Lebensmittel mehr. Selbst unsere karge Brotversorgung beruht nur auf Lebensmittelzügen, die die Entente uns schickt. Dadurch sind wir völlig Sklaven der Entente.“

Indes hätten die Sozialdemokraten auch ohne „Ententeimperialismus“ keine Revolution angezettelt. Das waren stets Ausflüchte. Die Weltrevolution, wenn sie denn eine Chance hätte haben können, die wurde in Wien vorsätzlich abgesagt. Otto Bauer war überzeugt, dass man aus taktischen und geopolitischen Überlegungen freiwillig auf die soziale Umwälzung zu verzichten hat. Bauers Theorie, und er war zweifellos ein kluger Denker, bestand oft geradezu darin, zu erklären, warum man dieses und jenes nicht getan habe. Der führende Kopf der Austromarxisten war kein Mann der Tat, sondern ein

Cheftheoretiker der Unterlassung. Radek sprach von einer „feigen Flucht vor jedem Kampfe.“ Den unmittelbaren Zuspitzungen versuchte man stets zu entkommen, allerdings um den Preis vieler kleiner Niederlagen. 1933 und 1938 sollte sich das bitter rächen. Austrofaschisten als auch Nazis waren Erben sozialdemokratischer Politik, die stets zwischen verbaler Drohung und realem Zurückweichen schwankte.

Trotz alledem fühlte sich die österreichische Sozialdemokratie in diesen Tagen der USPD näher als der SPD. Vor allem mental. Ein Kennzeichen dafür war auch die Institutionalisierung einer eigenständigen, wenn auch kurzlebigen Internationale, da man sich weder der Zweiten und schon gar nicht der Dritten anschließen wollte. Spötter nannten die im Februar 1921 gegründete und von den Austromarxisten dominierte *Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien* (IASP) die zweieinhalbte Internationale. Und im Gegensatz zu Friedrich Ebert, der es nur bis zum Eberthof im 15. Bezirk brachte, sind in Wien auch Straßen nach Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht benannt.

Mehr als für den Sozialismus begeisterte man sich in der sozialdemokratischen Parteizentrale für Deutschland. „Bitte Anschluss“ stand viele Monate auf der Agenda. Ende Februar/Anfang März gab es Geheimver-

handlungen zwischen Otto Bauer, mittlerweile Staatssekretär für Äußeres und dem deutschen Außenminister Ulrich von Brockdorff-Rantzau über die Frage der Angliederung. Am 12. März bestätigte das Parlament einmal mehr, dass Deutsch-Österreich Teil der Deutschen Republik sein will. Die endgültige Wende brachte erst das Anschlussverbot im Juli 1919. Im Friedensvertrag von St. Germain wurden auch die Grenzen festgelegt. Ohne Veto der Entente hätte es nie ein eigenständiges Österreich gegeben.

Franz Schandl: Geboren 1960 in Eberweis/Niederösterreich. Studium der Geschichte und Politikwissenschaft in Wien. Lebt dortselbst als Historiker und Publizist und verdient seine Brötchen als Journalist wider Willen. Redakteur der Zeitschrift *Streifzüge*. Diverse Veröffentlichungen, gem. mit Gerhard Schattauer Verfasser der Studie „Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft“, Wien 1996. Aktuell: Nikolaus Dimmel/Karl A. Immervoll/Franz Schandl (Hg.), „Sinnvoll tätig sein, Wirkungen eines Grundeinkommens“, Wien 2019.

Lizenz dieses Beitrags
Gemeinfrei
Gemeinfrei